

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchlein und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Montag den 8. Dezember 1930 Nummer 285

Der Faschismus und seine Knechte

Reichstagsmehrheit für faschistische Diktatur — Kommunisten rufen zum Volkssturm gegen Faschismus

Berlin, den 8. Dezember.
Nach längeren Debatten kam man am Sonnabend in den Abendstunden endlich zu den Abstimmungen. Zuerst wurde über den Antrag auf Aufhebung der Rotverordnung abgestimmt, wobei der kommunistische Antrag mit anderen Anträgen gleicher Art verbunden wurde. Die Abstimmung war namentlich, 253 Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nazis, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei stimmten für die Aufhebung der Rotverordnung, während die SPD und die übrigen Parteien sich für die Beibehaltung der Diktaturverordnung entschieden.

Die Abstimmung im Reichstag brachte das Ergebnis, das bereits seit einigen Tagen feststand. Der Unterschied zwischen dem 18. Oktober und dem 8. Dezember ist, rein parlamentarisch gesehen, der, daß die SPD damals ihr offenes Eintreten für Brüning dadurch verschleiern konnte, daß sie „nur“ der Überweisung der allen Rotverordnung an den Haushaltsausschuß zustimmte, während sie

ihristliche Hungerprogramm und die Regierung Brüning stimmte.
Sie lehnte die beantragte Aufhebung der Diktaturverordnung ab. Sie stimmte gegen das Mißtrauensvotum und sprach damit schäblich für alle Arbeiter ihr Vertrauen einer Regierung aus, die, mit dem Artikel 48 verschleiert, tatsächlich die faschistische Diktatur über Deutschland proklamiert hat. Im Wahlaufruf der Sozialdemokratie war der Kampf gegen

die „reaktionäre Brüning-Regierung“, dem „neuen Bürgerhof“, die Hauptlösung. Heute stehen die sozialdemokratischen Führer als Lügner gebrandmarkt vor den Wahlen. Noch nach dem 18. Oktober versprochen sie, daß bei den neuen Wahlen nur die Arbeiterinteressen für ihre Handlungen maßgebend sind. Sie haben diese Interessen mit Füßen getreten, haben Berrat verübt, Lüge und Betrug — das ist das A und O der Sozialdemokratie. Der Vorwärts schrieb am Sonnabend:

„Es geht um die Erhaltung der Kaufkraft des deutschen Proletariats.“
Das ist nicht die Sorge der sozialdemokratischen Führer. Es geht ihnen um die Erhaltung der Kosten der künstlichen sozialfaschistischen Konzessionen. Für dieses Ziel sind sie bereit, an die faschistische Diktatur alle Konzessionen zu machen. Sie selbst stellen sich dieser Diktatur zur Verfügung, um gemeinsam mit der Bourgeoisie die Erhebung des Proletariats zu unterdrücken. Das ist der politische Sinn für ihre Abstimmung.

Dresdner Taxistreik wird mit unermindelter Schärfe fortgeführt
Wachsendes Vertrauen der Taxifahrer zur KPD
KPD verteilt Lebensmittel

Dresden, den 8. Dezember.
Der Streik der Kraftfahrzeugführer Dresdens wird mit unermindelter Schärfe fortgesetzt. Die SPD-Führer aus dem Gesamtverband haben erklärt, daß die Fahrtausweise nicht zurückgegeben werden.

Sie brandmarken sich somit selbst als Streikbrecher, die nicht daran denken, eine einheitliche Kampffront der Arbeiter zu erstellen. Brüner selbst hat in einer Versammlung am Sonnabend den Kollegen die Frage gestellt, ob sie der Auffassung seien, daß ohne die KPD der Kampf bereits abgebrochen wäre. Und hier, in dieser Versammlung wurde ihm von den organisierten Kollegen erklärt, daß sie der Auffassung seien, wäre nicht die KPD, dann hätten die Unternehmer schon längst den Lohnraub durchgesetzt.

Die verschärfte Fortsetzung des Kampfes ist vor allen Dingen auch dadurch möglich geworden, daß die KPD bereits mit der Verteilung von Lebensmitteln begonnen hat. Den Aufruf der KPD haben besonders die Dresdner Arbeiterfrauen begeistert aufgenommen und sofort mit den Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden begonnen.

Die Firma Vöfke hatte die Arbeiter gestern früh besteuert und verlangt, daß sie fahren sollten. 40 Kollegen waren erschienen. Sie beschloßen aber einstimmig, die Arbeit abzulehnen. Auch bei der Firma Valentin, für die bekanntlich der Kandidat Friedrich Gerd hergegeben hat, wurde erklärt, die Kollegen sollen fahren. Vor dem Betrieb standen die Streikposten der Chauffeure und der Streikhelfer, und kein Kollege ist gefahren.

Jetzt gilt es, durch Massenunterstützung des wertvollen Dresdens den Taxifahrern zum Sieg zu verhelfen.

Dingeldeh für Hitler
Volkspartei für Regierungsbeteiligung der Nazis

Magdeburg, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)
Der kürzlich gewählte Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldeh, hielt am dem außerordentlichen Parteitag im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt eine aufsehenerregende Rede, in der er verkündete, daß die Volkspartei der Regierung Brüning ihre Geselligkeit verweigere, wenn sie es veräume, die „wertvollen Kräfte“ in der nationalsozialistischen Bewegung, gegen die man sich zwar wegen ihres unklaren Programmes wehren müsse, in den „Aufbau des Staates“ mit einzubeziehen. Dingeldeh wandte sich gegen das Verhalten der Preußen-Polizei gegenüber den Nationalsozialisten und gegen die Politik des Reichsinnenministers Wirth gegenüber Thüringen. Zum Schluß forderte Dingeldeh die Umwandlung der parlamentarischen Regierungsform, die „Stärkung der Macht des Reichspräsidenten“, eine Reform des Wahlsystems und schließlich die Schaffung einer Ersten Kammer.

Beschlagnahme!
Sonnabend wurde in der Buchhandlung Flemingstraße 5 durch Kriminalbeamte des Polizeipräsidenten die Beschlagnahme von „Der rote Stern“ auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Berlin beschlagnahmt.

Die Antwort der Arbeiterklasse muß sein: Run erst recht kommunistische Literatur in die Massen. Jeder Kommunist verteilt eine Mindestzahl von Büchern und Broschüren.

Massenkampf dem Faschismus!

Arbeitende Sachsens in Stadt und Land!

Das kapitalistische System fracht in allen Fugen. Der Kapitalismus ist unfähig, Millionen des arbeitenden Volkes auch nur eine kümmerliche Existenz zu garantieren und kann nur weiter leben, wenn er mit brutaler Gewalt die arbeitenden Massen immer tiefer ins Elend stürzt. In Deutschland, wo sich die Kräfte des Kapitalismus besonders scharf auswirken, ist die Bourgeoisie zur Ausplünderung und Unterdrückung der wertvollen Massen zum faschistischen Regime übergegangen.

Der vor Brüning mit dem Art. 48 vollzogene Stenerraub, der Kruppelbau an den sozialen Einrichtungen, der in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Führerschaft durch die Schlichtungsmaschinerie durchgeführte Lohnraub, die völlige Ausschaltung des Reichstages, seine Herabwürdigung zu einer bedeutungslosen Za-Sagenmaschine, die Polizeifaktionen gegen die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Berlin, die planmäßige Steigerung der Polizeibrutalität, die Beseitigung des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden und vieles andere, zeigt

die völlige Wandlung, der sich schon längst faschistischer Charakter bedienenden Weimarer Republik zur faschistischen Republik, deren noch vorhandenen demokratischen Hüllen immer mehr verdrängen.

Den Rotverordnungen vom Juli 1930, die von der SPD am 18. Oktober sanktioniert wurden, sind am 1. Dezember neue Schläge gegen die Arbeiterklasse, in Gestalt erweiterter räuberischer Diktaturverordnungen erfolgt.

Die SPD hat ebenfalls wieder für dieses Raubprogramm gestimmt.

Sie stimmte gegen die Aufhebung der Rotverordnungen und sprach dem Hungerkanzler Brüning durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages ihr Vertrauen aus.

Die Sozialdemokratie beteiligt sich somit in vollem Umfang an der Aufrichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur. Auch die „linken“ faschistischen Führer haben abermals für die Diktaturverordnung und die neuen Massenbelastungen gestimmt. Sie enthalten damit ihr läugerisches Mandat, das sie nach dem 18. Oktober durchzuführen haben.

Die Sozialdemokratie beteiligt sich somit in vollem Umfang an der Aufrichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur. Auch die „linken“ faschistischen Führer haben abermals für die Diktaturverordnung und die neuen Massenbelastungen gestimmt. Sie enthalten damit ihr läugerisches Mandat, das sie nach dem 18. Oktober durchzuführen haben.

Die Sozialdemokratie spielt unter den gegenwärtigen Bedingungen eine faschistische Rolle. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar werden, daß sich die „linken“ Führer in Sachsen keineswegs

praktisch von den Müller, Seering und Genossen unterscheiden. Gerade faschischen „linken“ Gewerkschaftsführern war es vorbehalten, zuerst den Faschismus im Wirtschaftskampf in hochentwickelter Form in Anwendung zu bringen, wie das in Chemnitz geschah.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung muß klar erkennen: nicht erst die Regierung Hitler, nicht erst die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung ist Faschismus.

Ob mit Hitler oder den sozialdemokratischen Führern, Brüningsgewaltspolitik ist die Regierungsmethode der bereits vollzogenen faschistischen Diktatur.

Damit steht vor der gesamten arbeitenden Bevölkerung klar: der Sturz des Faschismus ist nur möglich durch die proletarische Revolution.

ist gleichbedeutend mit dem Sturz des Kapitalismus überhaupt. Die arbeitenden Massen haben vom Faschismus nichts anderes zu erwarten, als noch weitere Verschärfung des Terrors und noch mehrte Ausplünderung, weitere Verelendung und weitere Verschleierung ihrer Existenz. Gegen den Faschismus gilt es die geschlossene Front aller Arbeitenden zu stellen. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, jetzt diese Massenbewegung in allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu entfachen. Insbesondere die kleinbürgerlichen Mittelschichten in diese Bewegung hineinzubeziehen und sie von ihren faschistischen Illusionen zu befreien. Entschleudener muß der Kurs auf die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern genommen werden. Klarer muß vor der sozialdemokratischen Arbeiterklasse die faschistische Rolle der sozialdemokratischen Führer aufgezeigt werden. Die Kommunistische Partei muß die Massenbewegung zu einer gewaltigen Front gegen das faschistische Regime entfachen und alle Maßnahmen zur Verstärkung der Kampfraft der arbeitenden Massen ergreifen.

Die Erweiterte Bezirksleitung appelliert an die gesamte Parteimitgliedschaft, entschlossener als bisher die gesamte Kraft in den Dienst der Partei und der revolutionären Bewegung zu stellen. Ohne alle Schwankungen, ohne Zurückweichen an die Arbeit zu gehen. Die Welle der Empörung gegen die brutale Ausplünderung der Arbeitenden muß zum gewaltigen Aufmarsch aller Unterdrückten werden. Kein Zögern mehr. Die Erweiterte Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens betont nochmals gegenüber den arbeitenden Massen:

Auf die faschistische Diktatur braucht man nicht mehr zu warten, wir sind schon mitten drin.

Es gibt nur einen Ausweg, nur eine Rettung: der Kommunismus, der Kampf um ein Sozialdeutschland!

Organisiert die Kampffront aller Arbeitenden und Erwerbslosen!

Nieder mit der faschistischen Diktatur!
Nieder mit dem Hungerterror!
Nieder mit Lohnraub und Steuerwucher!

Es lebe der Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!
Bezirksleitung der KPD, Bezirk Sachsen.